



24. September 2021

Malaysia: Regierung will islamisches Recht weiter etablieren

Beobachter warnen vor möglichen Folgen für Christen und andere Nicht-Muslime

(Open Doors, Kelkheim) – In Malaysia wurde eine Gesetzesnovelle angekündigt, die Christen und andere religiöse Minderheiten stark beunruhigt. Die jetzt von der Regierung präsentierte Beschlussvorlage würde der Scharia (islamisches Recht) erheblich mehr Einfluss auf die geltende Rechtsprechung verschaffen. Dies hätte besonders für Christen muslimischer Herkunft weitreichende Konsequenzen.



Moschee in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur

30 Jahre Haft für Abfall vom Islam?

Die vorgeschlagene Änderung mit dem Kürzel RUU355 wurde kürzlich zusammen mit vier neuen Gesetzen und sieben Änderungen bestehender Gesetze vom malaysischen Premierminister für religiöse Angelegenheiten angekündigt. Alle zielen darauf ab, die bestehenden Scharia-Gerichte weiter zu stärken.

Mia Hapsah* ist eine lokale Partnerin von Open Doors und erläutert die jüngste Entwicklung in ihrem Land. Eine Konsequenz für Christen muslimischer Herkunft wäre, dass sie im Fall einer Verurteilung wegen einer Straftat mit höheren Geldstrafen rechnen müssen. Hapsah verdeutlicht dies am Beispiel von „Apostasie“ [Abkehr vom islamischen Glauben]: „In den meisten Landesteilen kann Apostasie bereits mit Geld- und/oder Freiheitsstrafen geahndet werden. In einigen Bundesstaaten ist dafür ein Jahr Gefängnis vorgesehen. In anderen Staaten sind es zwei Jahre. Aber jetzt, durch RUU355, wird

eine maximale Haftzeit von 30 Jahren vorgeschlagen! Es gibt keine Straftat im Geltungsbereich der malaysischen Scharia, die ein solches Strafmaß rechtfertigen könnte!“

Problematisch ist nach Hapsahs Bewertung auch, dass RUU355 nicht im Detail ausführt, welche Vergehen mit solchen Strafen geahndet werden können. Dadurch könne das Gesetz leicht missbraucht werden. Sie sagt: „Diese Novelle würde Christen, insbesondere ehemalige Muslime, in eine gefährliche Lage bringen. Sie leben bereits jetzt in der Angst, nach dem geltenden Scharia-Gesetz verurteilt zu werden; diese Gesetzesänderungen würden ihre Situation noch verschlimmern.“

Beobachter befürchten Bruch der geltenden Verfassung

Manche Beobachter fürchten, dass RUU355 künftig auch zur Einführung drakonischer Körperstrafen wie Auspeitschen, die Amputation von Körperteilen oder die Todesstrafe führen könnte. Für Hapsah wäre dies ein Bruch der geltenden Verfassung: „Malaysia wurde als säkularer Staat konzipiert und nicht als theokratischer Staat. Es wurde klargestellt, dass der Staat keiner bestimmten Religion Privilegien oder Vorteile gewährt. In den letzten drei Jahrzehnten hat Malaysia aber begonnen, Merkmale eines islamischen Staates zu zeigen. Die Rolle der Religion hat in Politik, Recht und Verwaltung deutlich zugenommen.“

„Sollte das Gesetz in Kraft treten, wird Malaysia wie ein weiteres Taliban-Land“, sagte der ehemalige Geschäftsführer der Denkfabrik IDS Johan Ariffin Samad gegenüber Free Malaysia Today. Es gebe keinen Grund, neue Scharia-Gesetze einzuführen, da die vorhandenen ausreichend seien.

Mögliches Szenario: Christen unter Scharia-Recht

Zusätzlich zu den vorgeschlagenen Änderungen wird derzeit ein Gesetz zur Kontrolle und Einschränkung der Verbreitung nicht-muslimischer Religionen erarbeitet. Dadurch werden möglicherweise auch Nicht-Muslime unter das Scharia-Recht gestellt. „Dies hat bei den Nicht-Muslimen weitere Besorgnis ausgelöst, da die Scharia laut Verfassung für Nicht-Muslime nicht bindend ist“, erklärt Hapsah.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2021](#) steht [Malaysia](#) an 46. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Name geändert

Quellen: Free Malaysia Today, Open Doors